

TERMINSERVICE- UND VERSORGUNGS- GESETZ



Mit einem neuen Gesetz verspricht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine bessere Versorgung der Patienten mit schnellen Arztterminen. Tatsächlich würde das Gesetz aber Ihre Behandlungsmöglichkeiten verschlechtern. Deshalb protestieren Arztpraxen und Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in ganz Deutschland am 23. Januar 2019.

Denn:

- Eine zentrale, für Sie als Patient anonyme Vermittlungsstelle soll kurzfristig Termine auch in unserer Praxis/unserem MVZ vergeben. Dafür müssten andere Patienten dann eventuell länger warten.
- Diese Art der Terminvermittlung verursacht teure Bürokratie zu Ihren Lasten. Die Bereitstellung eines Arzttermins durch diese Stelle kostet mehr als die meisten Ärztinnen und Ärzte für Ihre gesamte Behandlung über drei Monate erhalten!
- Wir sollen bevorzugt Patienten einen Termin geben, die noch nie bei uns waren. Chronisch kranke Menschen, die öfter zu uns kommen, bekämen dann schlechter einen Termin.

Das wollen wir nicht. Wir möchten für Sie da sein, wenn Sie uns brauchen. Und das können wir am besten gemeinsam mit Ihnen – ohne dass ein Minister sich einmischt.